

KONJUNKTURREPORT

17. Jg., Ausgabe 2, Juni 2017

Anhaltendes Konjunkturhoch

Das Wachstum der **Weltwirtschaft** gewinnt an Breite. Die regionalen Unterschiede in den Wachstumsraten verringerten sich im Frühjahr, da die rohstoffexportierenden Länder von den wieder anziehenden Rohstoffpreisen profitierten und in den Industrieländern das kräftige Wachstum anhielt. Der Welthandel beschleunigt sich. Indikatoren wie der globale Einkaufsmanagerindex und der ifo Weltwirtschaftsklimaindex deuten auf eine Fortsetzung des positiven Trends hin.

In den **USA** stieg das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal 2017 um 0,3 %, nach 0,5 % im vierten Quartal 2016. Gestützt wurde das Wachstum vom privaten Konsum und den Investitionen, während der Staatskonsum leicht zurückging und der Außenhandel wachstumsneutral war. In **Japan** ist die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,3 % gestiegen, nach ebenfalls 0,3 % im vierten Quartal. Getragen wurde das Wachstum vor allem von der privaten Konsum- und Investitionsnachfrage. In **China** erhöhte sich das saisonbereinigte BIP zwischen Jänner und März um 1,3 %, nach 1,7 % im vierten Quartal 2016. Im Vorjahresvergleich stieg das Wachstum leicht von 6,8 % auf 6,9 %. Gestützt wurde die Konjunktur vor allem von staatlichen Infrastrukturinvestitionen und der Bautätigkeit. Maßnahmen gegen die Überhitzung des Immobilienmarkts dürften im Jahresverlauf zu einer Wachstumsverlangsamung beitragen.

Im **Euroraum** und in der **EU-28** nahm das reale BIP im ersten Quartal um 0,6 % zu, nach ebenfalls 0,5 % (Euroraum) bzw. 0,6 % (EU) im vierten Quartal. Robust war die Konjunktur in Deutschland, Spanien und den meisten mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern, während sie in Italien und Frankreich verhalten blieb. Insbesondere die Investitionen und der private Konsum dürften zum Wachstum beigetragen haben.

In **Österreich** hielt das Konjunkturhoch im Frühjahr mit einer BIP-Zunahme um 0,7 % nach 0,6 % im vierten Quartal an. Mit 0,4 % bzw. 0,5 % blieben der private und der öffentliche Konsum robust. Besonders kräftig (um 1,0 %)

wurden die Anlageinvestitionen ausgeweitet. Erstmals seit dem zweiten Halbjahr 2014 lieferte auch der Außenbeitrag einen positiven Wachstumsbeitrag. Entstehungsseitig stieg die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung mit 2,2 % sehr kräftig. Auch der Handel, der Bereich Beherbergung und Gastronomie sowie die anderen Marktdienstleistungen und die Bauwirtschaft trugen zum Wachstum bei. Die vorliegenden Indikatoren deuten auf eine Fortsetzung der starken Konjunktur im Jahresverlauf hin. Die starke Investitionskonjunktur, ein anhaltend robuster privater Konsum und die Exportnachfrage dürften weiterhin Impulse liefern. Die außenwirtschaftlichen Risiken bleiben aber hoch. Zudem ist angesichts der bevorstehenden Neuwahl der künftige wirtschaftspolitische Kurs im Inland mit hoher Unsicherheit behaftet.

In **Kärnten** stieg der saisonbereinigte Produktionsindex für den produzierenden Bereich im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar 2017 um 9,3 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum, verglichen mit nur 1,4 % im Bundesdurchschnitt. Im Verarbeitenden Gewerbe war das Wachstum in Kärnten mit 11,1 % deutlich kräftiger als in Österreich insgesamt (0,8 %). Die Bauproduktion ging in Kärnten dagegen um 3,4 % zurück (Hochbau -4,1 %, Tiefbau +16,4 %), während sie in Gesamt-Österreich um 1,1 % stieg (Hochbau 1,0 %, Tiefbau 1,3 %).

Das KIHS geht davon aus, dass das Wirtschaftswachstum in Kärnten im laufenden und im kommenden Jahr mit 1,7 % bzw. 1,5 % etwas niedriger als in Gesamt-Österreich bleibt. Dies ist unter anderem auf die überdurchschnittliche Bedeutung Italiens für die Kärntner Wirtschaft zurückzuführen, wo die Konjunktur verhältnismäßig schwach bleibt. Die Arbeitslosenquote dürfte von 10,9 % im Jahr 2016 auf 10,7 % im laufenden und 10,4 % im kommenden Jahr zurückgehen. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten wird im laufenden Jahr wohl um 1,4 % und im kommenden Jahr um 1,3 % steigen, nach 1,2 % im vergangenen Jahr. Sowohl der produzierende Bereich als auch die Dienstleistungen sollten zum Beschäftigungsaufbau beitragen.

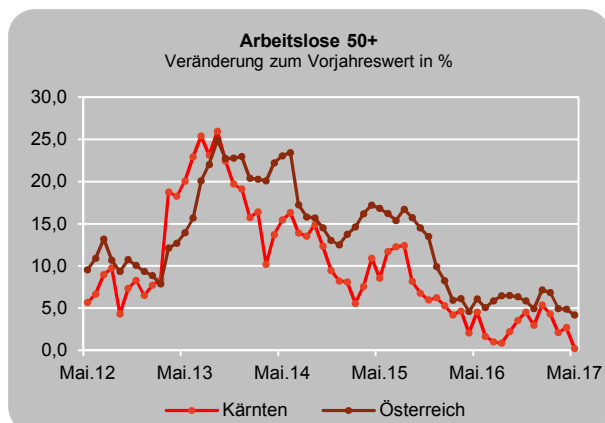
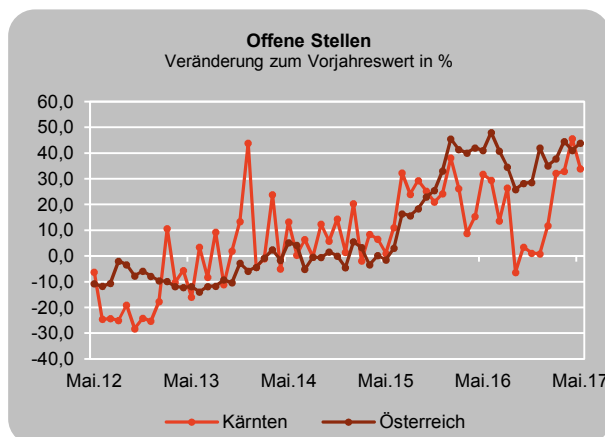
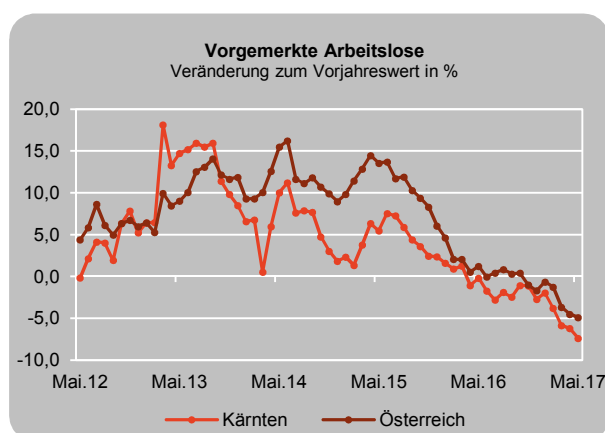
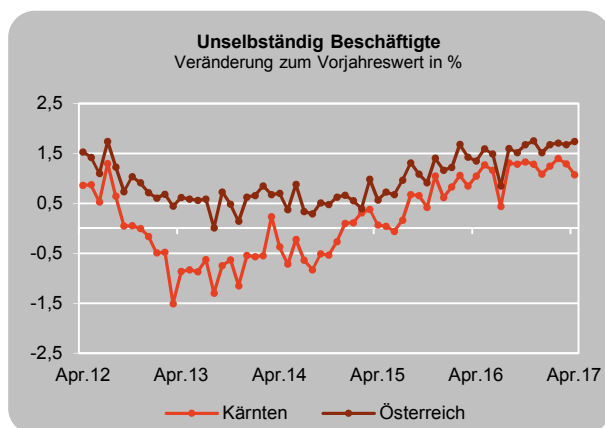
Klaus Weyerstraß

Aktuelles vom Arbeitsmarkt

Der positive Trend am Arbeitsmarkt setzt sich in der ersten Jahreshälfte fort. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten nahm im 1. Quartal um durchschnittlich 1,3 % zu, österreichweit lag die Beschäftigungsexpansion bei 1,7 %. Ende April wurden insgesamt 206.722 unselbständig Beschäftigte in Kärnten gezählt (rund 47 % davon Frauen), rund 2.200 mehr als im Vorjahresmonat. Die seit April 2016 sinkenden Arbeitslosenzahlen setzen sich ebenfalls in der ersten Jahreshälfte fort. Im Mai gab es insgesamt 7,4 % weniger Arbeitslose (20.447) als im Vorjahresmonat. Damit liegt Kärnten über dem Bundesschnitt mit einem Rückgang von 4,9 %. Neben der steigenden Beschäftigung und den sinkenden Arbeitslosenzahlen trägt die starke Zunahme an offenen Stellen ebenso zur positiven Arbeitsmarktentwicklung bei. Im Mai wurden 3.901 offene Stellen gemeldet; 34 % mehr als im Vorjahresmonat (Österreich: +43,9 %). Die im Vergleich zu Kärnten auf Bundesebene weniger stark sinkenden Arbeitslosenzahlen bei gleichzeitig stärker zunehmender Beschäftigung und mehreren zusätzlichen offenen Stellen ist auf das um rund 1 % stärker steigende Arbeitskräftepotential zurückzuführen. Die bescheidene Zunahme in Kärnten ist auf den verhaltenen Zustrom von Arbeitskräften speziell aus den ost- und mitteleuropäischen EU-Mitgliedsstaaten zurückzuführen.¹

Neben einer erfolgreichen Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit um rund 15 % in der ersten Jahreshälfte (Österreich: -13 %) stellen Langzeitarbeitslose und Arbeitslose über 50 Jahre weiterhin Problemgruppen dar. Der Anstieg der älteren Arbeitslosen hat sich in der ersten Jahreshälfte jedoch um einiges reduziert, von +5,4 % im Jänner auf nur mehr +0,2 % im Mai. Damit entwickelte sich die Lage dieser Gruppe überaus positiv im Vergleich zu den bundesweiten Werten von +7,2 % im Jänner bzw. +4,2 % im Mai. Maßnahmen des Landes wie Eingliederungshilfen, Beschäftigungsprojekte und Stiftungen im Zuge der Beschäftigungs- und Qualifizierungsstrategie 2020+ für Kärnten trugen zur Dämpfung des Anstiegs bei.² Mit der am 1. Juli startenden Beschäftigungsaktion im Zuge der bundesweiten „Beschäftigungsaktion 20.000“ werden in den Pilotregionen Villach Stadt, Villach Land und Hermagor weitere Maßnahmenplätze für diese Zielgruppe geschaffen.³

Tina Ebner



¹Vgl. IHS (2017): Prognose der österreichischen Wirtschaft 2017 – 2018 – Robuster Aufschwung in Österreich. Wien.

²Vgl. Amt der Kärntner Landesregierung (2017): Arbeitsmarkt 2017 am 13.05.2017, online.

³Vgl. APA (2017): Aktion 20.000: Alle Modellregionen stehen fest. In: Die Presse, 24.04.2017.

Kommentar: Förderwahn?

Die Staatsquote, d.h. der Anteil des Staates an der gesamten ökonomischen Aktivität, ist in Österreich bekanntlich sehr hoch. Einer der Gründe dafür liegt im Förderwesen der öffentlichen Hand, das sich durch zahlreiche Bereiche zieht und größtenteils über Steuern und Abgaben finanziert werden muss. Subventionen können gerechtfertigt sein, wenn damit Marktversagen (z.B. Umweltverschmutzung) korrigiert oder technischer Fortschritt induziert wird.

Die Art und Weise, wie Förderungen erfolgen, ist jedoch häufig eine fragwürdige. Der „Beschäftigungsbonus“ zur Senkung der Lohnnebenkosten gibt dafür ein gutes Beispiel. Probleme am Arbeitsmarkt werden durch extrem hohe Steuern und Abgaben auf Arbeit (mit)verursacht. Unternehmen bei den Lohnnebenkosten Erleichterung zu verschaffen ist im Grunde der richtige Ansatz; die Umsetzung, d.h. Arbeitgebern obszön hohe Lohnnebenkosten abzuknöpfen und diese dann mit bürokratischem Aufwand wieder teilweise rückzuerstatten, klingt nicht gerade nach Effizienz. Einfacher und gerechter wäre es doch die Abgaben auf Löhne und Gehälter zu reduzieren und generell die Bürokratie zu entrümpeln. Bei der „Beschäftigungsaktion 20.000“ sollen für über 50-jährige langzeitarbeitslose Menschen 20.000 Arbeitsplätze in Gemeinden und über gemeinnützige Trägervereine geschaffen werden. Die Nachhaltigkeit auch dieses 200 Millionen Euro Programms ist jedoch fraglich. Zusätzlich dürften Mitnahmeeffekte die Effizienz der Aktion beeinträchtigen, wobei Mitnahmeeffekte ein generelles Problem bei Subventionen darstellen.

Ein anderer Bereich, in dem mittels Steuern und Subventionen massiv eingegriffen wird, ist die Elektrizitätserzeugung. Die Produktion von „Ökostrom“ wird in zahlreichen Ländern massiv subventioniert, vor allem aus Gründen der Energieversorgungssicherheit, der Abkehr von erschöpfbaren Ressourcen und des Klimawandels. Dagegen ist nichts einzuwenden. Der Gerechtigkeit halber muss festgehalten werden, dass auch die fossilen und atomaren Energieträger massiv subventioniert wurden bzw. immer noch werden.

Die Förderung von Biogasanlagen stellt aber einen regelrechten Anschlag auf die Konsumenten und ein Beispiel für eine fehlgeleitete Energiepolitik dar. Abgesehen von Photovoltaik wird keine Elektrizitätserzeugungstechnologie derart hoch subventioniert. In diesem Jahr laufen die fixen Einspeisetarife für die ersten der ca. 300 Biogasanlagen österreichweit aus. Da diesen mit der aktuellen Ökostromnovelle mangels Aussicht auf die

„geforderte Entwicklung zur Marktreife“ das Aus droht, sollen Stromverbraucher via Ökostromzuschlag nochmals zur Kassa gegeben werden und im Rahmen des Biogas-Technologieabfindungsgesetzes eine Abwrackprämie für diese unrentablen Anlagen finanzieren. Wenn man schon die Landwirtschaft fördern möchte, dann hätte man sich doch etwas Sinnvolleres einfallen lassen können.

Eine Stehphrase lautet, dass hohe Förderungen für nicht marktfähige Alternativenergien notwendig seien, um „Green Jobs“ zu schaffen. Dafür müsse man eben Ökostromzuschläge in Kauf nehmen, selbst wenn sie höher ausfallen als der reine Energiepreis. Diese These ist aber nicht haltbar. Dafür liefert Deutschland den (Gegen)Beweis: Solarworld, der letzte große deutsche Hersteller von Solarpanelen, musste kürzlich Insolvenz anmelden. Der vermeintliche Schutz vor chinesischer Konkurrenz durch Marktabschottung und großzügige Förderung dürften sogar kontraproduktiv gewesen sein. Protektionismus und unintelligente Förderungen sind nicht die richtigen Rezepte für eine zunehmend globalisierte Welt.

Wegen der explodierenden Kosten kommt die „Energiewende“ zunehmend in Verruf. Deshalb geht die Umgestaltung des Förderwesens weg von Einspeisetarifen hin zu mehr wettbewerbsorientierten Verfahren, bei denen Anbieter um Zuschüsse rittern müssen (Bestbieterprinzip). Ökostromanbieter mit dem geringsten Förderbedarf erhalten den Zuschlag.

Aktuelle Entwicklungen zeigen diesbezüglich eine dramatische Entwicklung. In Deutschland hat das Auktionssystem dazu geführt, dass die Energieversorger EnBW aus Karlsruhe und Dong aus Dänemark in der deutschen Nordsee die ersten Windparks errichten, die völlig ohne Zuschüsse auskommen. Auch für Windkraftanlagen an Land zeichnet sich ein Preissturz ab. Gelingt es den beiden Anbietern tatsächlich ohne Subventionen auszukommen, wäre das der lange ersehnte Durchbruch bei der Energiewende. Auch Spanien geht in diese Richtung: Es ist das erste Land, das bei allen neuen Windkraft- und Solaranlagen ohne staatliche Subventionen auskommt.

Langfristig betrachtet dürfte die Förderung der Ökostrombranche zu einer Erfolgsgeschichte werden, denn Ziel jeder Subventionierung muss die Herstellung der vollen Marktreife sein, die es erlaubt, ohne Subventionen auszukommen. In den Vereinigten Staaten beschäftigt die Solarindustrie bereits mehr Mitarbeiter als der Kohlesektor, und in Manhattan gibt es mehr Tesla Ladestationen als konventionelle Tankstellen. Bisherige Energiewenden (Übergang von Holz zu Kohle, von Kohle zu

Öl) benötigten Jahrzehnte; die aktuelle Transformation könnte rascher über die Bühne gehen als dies vielen lieb ist. Die Milliardenverluste von E.ON und RWE deuten darauf hin.

Norbert Wohlgemuth

Serie: Die Kärntner Start-up-Szene (II): GP Motion GmbH⁴

E-Bikes sind im Trend. Gründe, die noch gegen eine Anschaffung sprechen, sind neben den hohen Anschaffungskosten und dem Gewicht vor allem der zusätzlich notwendige Stauraum Zuhause und das „Pensionisten“-Image. Die GP Motion GmbH erleichtert den Umstieg zum E-Bike mit dem modernen und innovativen Nachrüstsystem add-e.

Das add-e Set (vgl. Abbildung 1) besteht aus drei Komponenten: Dem Montageset, dem Akku in Form einer Getränkeflasche und dem Motor, welcher im Tretlagerbereich jedes beliebigen Fahrrades befestigt werden kann.

Abbildung 1: Add-e Set



Quelle: GP Motion GmbH

Add-e zeichnet vor allem das leichte Gewicht von rund 2 kg aus. Durch die Tarnung des Akkus als Trinkflasche und den unscheinbaren Motor im Tretlagerbereich wird das herkömmliche Fahrrad in ein innovatives, leichtes und modernes E-Bike umgewandelt, dessen E-Antrieb jederzeit zu- bzw. abgeschaltet werden kann. Dadurch ergibt sich der Vorteil, dass für jedes weitere Fahrrad im Besitz die Anschaffung eines Montagesets genügt. Überdies werden Stauraum und die Anschaffungskosten für ein eigenes E-Bike gespart.

Die Idee kam Fabian Gutbrod während seines Bachelorstudiums „Systems Engineering“ an der FH in Villach im Jahr 2010. Um in Zukunft nicht mehr verschwitzt zu den Vorlesungen zu kommen, rüstete er herkömmliche Fahrräder seinen Anforderungen entsprechend um. Zu Beginn wurde ein E-Scooter in dessen Einzelbestandteile zerlegt, um ein normales Fahrrad mit einem passenden E-Tuning auszustatten. Durch ständige Optimierungen entstand letztlich zusammen mit seinem Freund Thomas Pucher das Nachrüstsystem add-e.

Das Gründerteam des damaligen Einzelunternehmens bestand aus drei Mitgliedern: Fabian Gutbrod, Thomas Pucher und Tihana Pintaric. Durch Unterstützung des build! Gründerzentrums im Jahr 2012 kam es zum Aufbau eines essentiellen Netzwerkes und einer Kleinserienproduktion von 10 bis 20 Stück, welche gänzlich per Handarbeit erfolgte.

Um eine größere Stückzahl produzieren zu können, fehlte es an finanziellen Mitteln sowie Bekanntheitsgrad. Somit wurde im Mai 2015 eine Crowdfunding Kampagne gestartet, deren Erfolg unerwartet groß war. Das Team holte sich mit einer erfolgreichen Crowdfunding Kampagne dreimal so hohe finanzielle Mittel als die erhofften € 100.000,-. Statt geschätzten 100 Stück konnten bereits 400 Stück produziert werden. Der PR-Erfolg der Crowdfunding Kampagne führte überdies dazu, dass anschließend Bestellungen über den Online-shop erfolgten.

Um der steigenden Nachfrage nachzukommen, kam es im Jahr 2015 zur Umwandlung des Einzelunternehmens in die GP (Gutbrod und Pucher) Motion GmbH. Das Gründerteam wurde auf neun Personen aufgestockt und die Räumlichkeiten am Standort Villach erweitert. Zurzeit werden im Monat rund 300 Stück produziert, wobei die Zusammenarbeit mit externen Produktionspartnern einen effizienteren Ablauf ermöglicht.

Seit Beginn 2017 ist das Team auf zahlreichen Messen und Veranstaltungen innerhalb und außerhalb Österreichs präsent, um die Bekanntheit von add-e zu steigern sowie neue Vertriebspartner zu gewinnen. Bis dato wird mit über 80 Vertriebspartnern weltweit zusammengearbeitet. Im deutschsprachigen Raum wurde bereits ein dichtes Netzwerk an Vertriebspartnern aufgebaut.

Die Zufriedenheit der KundInnen durch die Zusammenarbeit mit erfahrenen und verlässlichen Partnern spielt eine wesentliche Rolle.

Bis dato gibt es von add-e eine klassische und eine sportliche Variante mit einer Leistung von 250 bzw. 600 Watt. Zusätzlich zur Nachrüstung von Fahrrädern sind auch E-Nachrüstungen von weiteren Fortbewegungsmitteln – z.B. klassischen Vespas – im E-Kompetenzzentrum Kärnten möglich. Der Vorteil ist, umweltfreundlicher unterwegs zu sein, ohne dabei auf die lieb gewonnenen Fortbewegungsmittel verzichten zu müssen.

Die für Marketing & Sales sowie PR zuständige Tihana Pintaric empfiehlt allen angehenden Start-up GründerInnen die Einholung von Feedback im Zielmarkt, den Aufbau eines großen Netzwerkes und die Arbeit im Team.

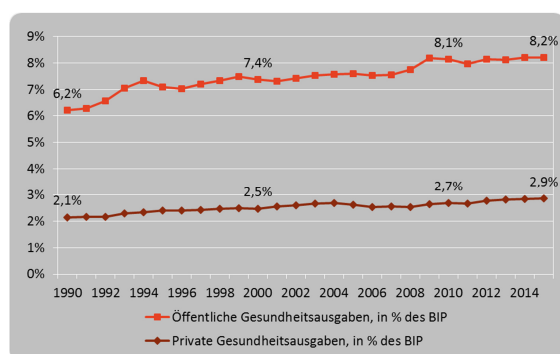
Tina Ebner

⁴ Homepage: <http://www.add-e.at/de/>

Potential technischer Assistenzsysteme im Gesundheits- und Sozialbereich

Die Ausgaben des Staates für den Gesundheits- und Sozialbereich sind in den vergangenen Jahren nicht zuletzt aufgrund der Alterung der Bevölkerung deutlich gestiegen. So sind in Österreich die öffentlichen Gesundheitsausgaben gemäß System of Health Accounts von 1990 bis 2015 von € 8,5 Mrd. auf € 27,9 Mrd. gestiegen. Dies entspricht einem Anstieg von 6,2 % auf 8,2 % des BIP. Umfasst sind dabei die stationäre Gesundheitsversorgung (inkl. der Langzeitpflege), die ambulante Gesundheitsversorgung, die häusliche Pflege, Krankentransport und Rettungsdienste, pharmazeutische Erzeugnisse und medizinische Güter und Verbrauchsgüter, Prävention, die Verwaltung der Gesundheitsversorgung sowie Investitionen. Den größten Anteil der Ausgaben verursacht dabei mit 43,7 % der Gesamtausgaben die stationäre Gesundheitsversorgung. Parallel dazu kam es auch zu einem Anstieg der privaten Gesundheitsausgaben von 2,1 % auf 2,9 % des BIP (vgl. Abbildung 2).⁵

Abbildung 2: Entwicklung der öffentlichen und privaten Gesundheitsausgaben in Österreich (gemäß System of Health Accounts), in % des BIP, 1990-2015



Quelle: Statistik Austria (2017, online), eigene Berechnung und Darstellung.

Auch künftig wird sowohl für die Ausgaben im Gesundheitsbereich als auch im Pflegebereich mit deutlichen Steigerungen gerechnet. So geht die EU Kommission für Österreich im Bereich der Gesundheitsausgaben von 2013 bis 2035 von einem Anstieg von 6,9 % auf 7,8 % des BIP aus. Auch in der Langzeitpflege wird eine Erhöhung von 1,4 % auf 1,9 % des BIP prognostiziert.⁶

Für die genannten Ausgabensteigerungen wird abgesehen von der Bevölkerungsalterung sowie der Individualisierung der Gesellschaft auch dem technischen Fortschritt eine ent-

scheidende Rolle beigemessen. Gerade dieser könnte bzw. soll jedoch auch dazu beitragen, die öffentlichen Kosten im Gesundheitsbereich zu reduzieren. Das wäre beispielsweise durch die Reduktion von stationären Aufenthalten in Gesundheits- und Pflegeanstalten aufgrund technologischer Assistenzsysteme vorstellbar. Entsprechende altersgerechte Assistenzsysteme für ein selbstbestimmtes Leben werden unter dem Begriff *Active and Assisted Living* (AAL) zusammengefasst. AAL-Systeme basieren auf Informations- und Kommunikationstechnologien und sollen dazu beitragen, dass ältere Menschen möglichst lange ein autonomes Leben in den eigenen vier Wänden führen können.

Die potentiellen Anwendungsbereiche entsprechender AAL-Technologien sind dabei vielfältig. Gemäß dem TAALXONOMY Studienbericht können AAL-Lösungen in folgende Anwendungsbereichen kategorisiert werden: Gesundheit & Pflege, Wohnen & Gebäude, Sicherheit & Schutz, Mobilität & Transport, Arbeit & Schulung, Vitalität & Fähigkeiten, Freizeit & Kultur und Information & Kommunikation. D.h. die Bandbreite reicht von Produkten und Dienstleistungen zur Erfassung und Handhabung medizinischer Daten zur Unterstützung von Therapie und Pflege oder Ernährung und persönlicher Hygiene über arbeitsunterstützende Maßnahmen bis hin zu Tools, welche Wissen präsentieren oder der zwischenmenschlichen Kommunikation dienen.⁷

Aus wirtschaftlicher Sicht stellt sich die Frage, welche Effekte von entsprechenden Tools ausgehen. So sind abgesehen von potentiellen Einsparungen im Gesundheits- und Sozialbereich parallel dazu entstehende Kosten – sowohl für die öffentliche Hand als auch die privaten Haushalten – u.a. für die Entwicklung, Installation, Instandhaltung und Deinstallation der technischen Lösungen zu berücksichtigen. Zudem sind positive ökonomische Effekte im Sinne der Schaffung von Arbeitsplätzen und einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bzw. Erhöhung der Standortattraktivität im Rahmen der Erforschung und Entwicklung entsprechender AAL-Technologien einzubeziehen. Gerade die breite Palette an Anwendungsbereichen bzw. die unscharfe Abgrenzung des Begriffs AAL lässt eine generelle Abschätzung der Potentiale und Wirkungen jedoch als schwierig erscheinen. Darüber hinaus ist zu beachten, dass abgesehen von den ökonomischen Wirkungen im Besonderen auch die Effekte auf die Lebensqualität bzw. den Gesundheitszustand der NutzerInnen als auch soziale Aspekte (z.B. Inklusion) zu berücksichtigen sind

⁵ Vgl. Statistik Austria (2017): Gesundheitsausgaben in Österreich laut System of Health Accounts (SHA).

⁶ Vgl. European Commission (2015): The 2015 Ageing Report. Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060). Brussels.

⁷ Vgl. SYNNO, UIBK und EURAC (2015): TAALXONOMY. Entwicklung einer praktikablen Taxonomie zur effektiven Klassifizierung von AAL-Produktion und -Dienstleistungen.

bzw. einen zentralen Stellenwert einnehmen, woraus sich ein umfassendes Indikatorenset für die Bewertung von AAL-Lösungen ergibt.⁸

Birgit Aigner-Walder

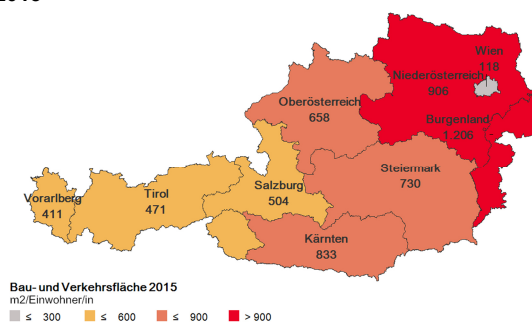
Stopp dem Flächenfraß

Während in Österreich täglich Flächen verbaut werden, steht ein hohes Potential an leerstehenden Gebäuden sowie industriellen und gewerblichen Liegenschaften als Nutzungsreserve zur Verfügung. Um den Verlust biologisch produktiver Flächen so gering wie möglich zu halten, müssen Maßnahmen gesetzt werden, welche vorrangig die Revitalisierung von Altbeständen forcieren.

Österreichweit ist nur etwas mehr als ein Drittel (37,3 %) der Landesfläche dauerhaft bewohnbar oder zur landwirtschaftlichen Nutzung geeignet. In Kärnten fällt dieser sogenannte „Dauersiedlungsraum“ mit einem Anteil von 24,2 % nochmals deutlich geringer aus und umfasst eine Fläche von 2.312 km². Im Jahr 2015 umfasste die gesamte Flächeninanspruchnahme Kärntens 494 km², damit wurde bereits mehr als ein Fünftel des gesamten Dauersiedlungsraumes für Bau- und Siedlungsaktivitäten verwendet. Am meisten Boden wird für Bau- und Verkehrsflächen (Gebäude- und Gebäudenebenenflächen, Betriebsflächen, Gärten, Friedhöfe, Straßen- und Verkehrsflächen sowie Parkplätze) beansprucht.⁹ Setzt man die verwendete Bau- und Verkehrsfläche in Relation zur Einwohner/innenzahl, so zeigen sich im Bundesländervergleich große Unterschiede. Zurückzuführen auf eine hohe Einwohner/innendichte weist Wien die geringste Pro-Kopf Flächeninanspruchnahme auf. Auf eine Einwohnerin/einen Einwohner in Wien entfallen 118 m² Bau- und Verkehrsflächen, in Kärnten liegt die Flächeninanspruchnahme um den Faktor 7 höher. Eine noch höhere Pro-Kopf Flächeninanspruchnahme ist in Niederösterreich und im Burgenland zu beobachten (siehe Abbildung 3).

Im Gegensatz dazu nimmt die landwirtschaftlich genutzte Fläche stetig ab. Während ein Drittel der verlorengegangenen Flächen verwaldet, fällt der überwiegende Anteil neuen Siedlungs- und Verkehrsflächen zum Opfer.¹⁰

Abbildung 3: Bau- und Verkehrsfläche je Einwohner/in, 2015



Quelle: Umweltbundesamt (2016); Statistik Austria (2016); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Die Neuinanspruchnahme von bisher unbebauten Flächen befindet sich in Österreich auf hohem Niveau (2012-2015: \varnothing 16,1 ha/Tag),¹¹ dem stehen umfangreiche Baulandreserven gegenüber. Eine Studie des Umweltbundesamtes zeigt, dass in Österreich mehr als ein Viertel (26,5 %) des gewidmeten Baulands unbebaut ist (in Kärnten beträgt dieser Anteil sogar 29,4 %).¹² Kann dieses nicht rechtzeitig mobilisiert werden, bzw. steht das gewidmete Bauland bei einem Bedarf an Bauflächen nicht zur Verfügung, müssen neue Flächen ausgewiesen werden. Die oftmals suboptimale Lage der neu ausgewiesenen Flächen am Siedlungsrand begünstigt hingegen eine weitere Zersiedelung. Darüber hinaus gibt es zahlreiche gewerbliche und industrielle Brachflächen. Österreichweit wird das Potential auf bis zu 130 km² geschätzt und entspricht ungefähr der Größe von Graz,¹³ dazu kommen noch die Potentiale des Gebäudeleerstandes. Die Wiedernutzung von Brachflächen geht mit zahlreichen ökologischen und ökonomischen Vorteilen einher, bspw. sinkt durch die Nutzung von Altbeständen der Druck auf bisher unbebaute Flächen. Darüber hinaus sind Brachflächen meist ausreichend erschlossen und verkehrstechnisch gut angebunden. Die Erschließungskosten fallen verhältnismäßig gering aus, die bereits bestehende Infrastruktur kann wieder besser ausgelastet werden.¹⁴

Die Gründe, warum dennoch bevorzugt unerschlossene Flächen für neue Bauaktivitäten genutzt werden, sind vielfältig. Einerseits konkurrieren Gemeinden um Einwohner/innen und Betriebsansiedlungen – daher sollen Neuausweisungen von Bauland die Attraktivität der einzelnen Gemeinden stärken. Darüber hinaus ist der Bau auf der „grünen Wiese“ am Sied-

⁸ Vgl. AIT, FH Kärnten und Solgenium (2017): EvAALuati-on. Indikatorenhandbuch zur Feststellung der (Effizienz-) Wirkung von AAL-Lösungen. Wien/Spittal a.d. Drau/Linz.

⁹ Vgl. Umweltbundesamt (2016a): Flächeninanspruchnahme.

¹⁰ Vgl. BMLFUW (2015a): Indikatoren-Bericht MONE 2015. Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Österreich. Wien.

¹¹ Vgl. Umweltbundesamt (2016a)

¹² Vgl. Umweltbundesamt (2016b:23): Gewidmetes, nicht bebautes Bauland. Erstellung von Auswertungen für Österreich. Technischer Bericht. Endbericht. Wien.

¹³ Schätzungen aus dem Jahr 2004; vgl. Umweltbundesamt (2004): Wiedernutzungspotential industrieller Brachflächen in Österreich. Wien.

¹⁴ Vgl. BMLFUW (2008:7): Bau(Land) in Sicht. Gute Gründe für die Verwertung industrieller und gewerblicher Brachflächen. Umweltbundesamt. Wien.

lungsrand oftmals einfacher umzusetzen und mit geringeren direkten Kosten verbunden. Ob die Wiedernutzung von Brachflächen wirtschaftlich ist, hängt u.a. von den Markt- und Standortbedingungen ab.¹⁵ In Gebieten mit einem hohen Siedlungsdruck stellen beispielsweise Innenentwicklungspotentiale eine wertvolle Ressource dar. Im Gegensatz dazu ist insbesondere in den von Abwanderung betroffenen Gemeinden der Trend zur Bebauung auf der „grünen Wiese“ zu beobachten, wobei vor allem diese Gebiete von einer vorausschauenden Innenentwicklung mit lebendigen Ortskernen profitieren könnten.¹⁶ Generell gilt, dass sich die Ausweisung von zu viel Bauland und damit niedrige Bodenpreise nachteilig auf die Wiedernutzung von Brachflächen auswirken.¹⁷ Zusätzlich zu den Markt- und Standortbedingungen sind es damit planerische und behördliche Bedingungen, welche die Wiedernutzung von Brachflächen beeinflussen. Werden beispielsweise die Bauaktivitäten auf nicht erschlossenen Standorten eingeschränkt oder die Kosten für die Wiedernutzungen von erschlossenen Gebieten reduziert und damit der Standortvorteil der grünen Wiese ausgeglichen, gewinnt Brachflächenrecycling an Attraktivität.¹⁸

Das Kärntner Institut für Höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (KIHS) wurde gemeinsam mit dem Institut für Höhere Studien in Wien (IHS) von der Österreichischen Hagelversicherung beauftragt, Maßnahmen zur reduzierten Flächeninanspruchnahme zu analysieren und die ökonomischen Wirkungen einer Förderung zur Brachflächenrevitalisierung zu quantifizieren.¹⁹ Ein zentrales Ergebnis der Studie stellt - basierend auf einer umfassenden Literaturrecherche und der Einbindung von Expert/innen aus Deutschland, der Schweiz, England und Österreich - die Ausarbeitung eines Maßnahmenbündels dar, das sowohl raumplanerische Vorgaben als auch finanzielle Anreize umfasst.²⁰

Als erste Maßnahme wurde zur Senkung des Drucks auf Grün- und Ackerland am Ortsrand die Bevorzugung der Innenentwicklung festgehalten. In Anlehnung an das deutsche Baugesetzbuch soll in den Raumordnungs/Raumplanungsgesetzen der Bundesländer der *Innenentwicklung verpflichtender Vorrang* eingeräumt werden. Innenentwicklungspotentiale sind quer durch Österreich sowohl in Großstädten als auch in Dörfern zu finden.²¹ Da eine verstärkte Nutzung der Innenentwicklungspotentiale eine Kenntnis dieser voraussetzt,²² wird aufbauend auf die erste Maßnahme eine *verbindliche, gesetzlich vorgeschriebene Erfassung der Innenentwicklungspotentiale auf kommunaler oder regionaler Ebene* empfohlen. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, Neuwidmungen im Flächenwidmungsplan nur dann zu genehmigen, wenn die Gemeinde nachweisen kann, dass der Baulandbedarf anders nicht gedeckt werden kann (*kommunale Nachweispflicht*).²³ Dies wiederum erfordert eine inhaltliche/fachliche Prüfung der Flächenwidmungspläne. Da ein Überangebot an Neuerschließungen von (gewerblichem) Bauland das Interesse an der Revitalisierung von bestehenden Industrie- und Gewerbeflächen hemmt,²⁴ gilt es *quantitative Zielwerte für die Inanspruchnahme von Flächen in den Raumordnungs-/Raumplanungsgesetzen der Länder festzuhalten*.

Die Ausweitung der Bau- und Siedlungstätigkeiten geht insbesondere zu Lasten landwirtschaftlicher Nutzflächen – gesonderte Schutzbestimmungen für den Erhalt des Kulturlandes (z.B. *landwirtschaftliche Vorrangflächen, Zielwerte für die Bodenerhaltung nach Raumtypen*²⁵) sind demnach erforderlich. Ungünstige Standortbedingungen von Brachflächen erfordern wiederum finanzielle Anreize. Beispielsweise können *Förderprogramme* helfen die Attraktivität der Brachflächen zu steigern und Kostennachteile (Sanierung-/Abbruchkosten) auszugleichen. Die Förderung von Flächenrecycling zieht wiederum positive volkswirtschaftliche Effekte nach sich.²⁶

Beate Friedl

¹⁵ Vgl. Umweltbundesamt Deutschland (2016): Planspiel Flächenhandel. Ziele und Erkenntnisse sowie Sinnott, D., Carmichael, L., Williams, K. and Miner, P. (2014:26f): From wasted space to living spaces. University of the West of England, for the Campaign to Protect Rural England.

¹⁶ Vgl. BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2014:7ff): Flächenverbrauch, Flächenpotenziale und Trends 2030. BBSR-Analysen KOMPAKT 07/2014. Bonn.

¹⁷ Vgl. Friedl, B., Wohlgemuth, N., Schnabl, A., Ebner, T., Hödl, R., Lappöhn, S., Zenz, H. (2016:160): Analyse von Maßnahmen zur Eindämmung des Flächenverbrauchs in Österreich unter besonderer Berücksichtigung von Brachflächenrecycling. KIHS/IHS Wien. Klagenfurt/Wien.

¹⁸ Vgl. Sinnott et al. (2014:26f)

¹⁹ Vgl. Friedl et al. (2016)

²⁰ Darüber hinaus ist auch die Problematik des Haftungsrisikos zu berücksichtigen, siehe dazu Janitsch (2016:179): Rahmenbedingungen für die Verwertung gewerblicher und industriell vorgennutzter Brachflächen in Österreich. In:

Norer, R. und Holzer, G.: Jahrbuch 16. Agrarrecht. 275 Seiten. NWV:Wien sowie Friedl et al. (2016:48).

²¹ Vgl. SIR – Salzburger Institut für Raumordnung & Wohnen (2014:101f): SIR-Mitteilungen und Berichte. Band 35/2014. Salzburg.

²² Vgl. SRU – Sachverständigenrat für Umweltfragen (2016:274): Umweltgutachten 2016 – Impulse für eine integrative Umweltpolitik Wien.

²³ Vgl. SRU (2016:274)

²⁴ Vgl. Janitsch (2016:162)

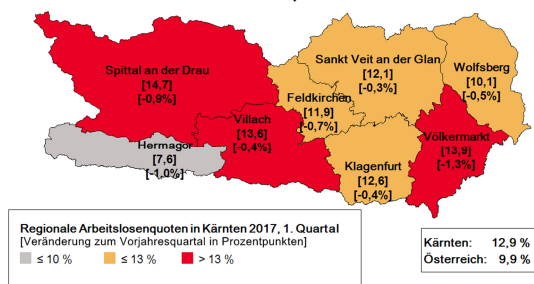
²⁵ Vgl. BMLFUW (2015b:16f): Reduzierung des Verbrauchs landwirtschaftlicher Böden. Maßnahmenvorschläge. Wien.

²⁶ Vgl. Friedl et al. (2016:152ff)

Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Arbeitsmarkt

Arbeitslosenquoten in den Kärntner Bezirken, 1. Quartal 2017



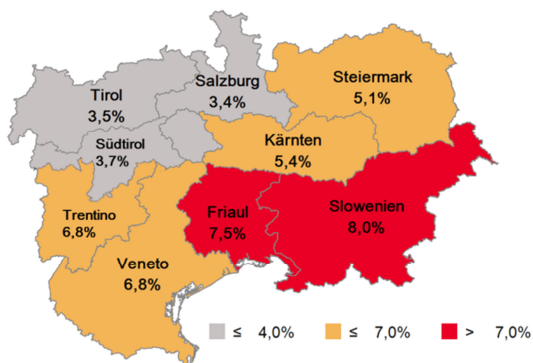
Quelle: AMS (2017, online); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Beschäftigte und Erwerbsquote (15 Jahre und mehr) in Österreich und im Alpen-Adria Raum, 2016

Region	Beschäftigte		Erwerbsquote	
	(in 1.000)	Δ 15-16	(in %)	Δ 15-16
Österreich	4.220,2	1,7%	61,2%	0,5
Veneto	2.081,2	1,4%	53,2%	0,6
Slowenien	915,0	-0,3%	56,6%	-0,7
Steiermark	592,0	1,0%	59,4%	0,4
Friaul	498,6	0,6%	50,9%	0,2
Tirol	377,3	1,1%	62,9%	0,2
Salzburg	277,3	2,2%	62,8%	0,5
Kärnten	259,7	1,6%	57,5%	0,2
Südtirol	250,1	2,2%	60,1%	1,0
Trentino	231,2	-0,6%	54,8%	-0,5

Quelle: Eurostat (2017, online); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Arbeitslosenquoten (15 Jahre und mehr) Alpen-Adria Raum nach EU-Definition, 2016



Quelle: Eurostat (2017, online); eigene Darstellung KIHS

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse: Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt
 Tel. (0463) 592150, Fax DW 23
 office@kihs.at
E-Mail:
Website: www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten, der Industriellenvereinigung Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 08.06.2017

Konjunkturprognose

Konjunkturprognose für Italien Österreich und Slowenien

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal (Q1) in %

BIP	1. Quartal				Prognose
	2014	2015	2016	2017	2017
Italien	0,4%	0,3%	1,1%	1,2%	0,9%
Österreich	1,2%	0,5%	1,4%	1,9%	1,7%
Slowenien	2,1%	2,6%	1,9%	5,0%	2,7%
Beschäftigung (in 1.000)	2014	2015	2016	2017	2017
Italien (absoluter Wert)	-0,4%	0,6%	1,1%	-	0,7%
Österreich (absoluter Wert)	22.026	22.158	22.401	-	-
Österreich (absoluter Wert)	4.050	4.076	4.144	-	1,0%
Slowenien (absoluter Wert)	1,0%	0,1%	-0,4%	-	1,9%
Slowenien (absoluter Wert)	897	898	894	-	-

Quellen: OECD (2017, online); BIP Jahresprognose: IHS Wien (2017); Beschäftigungsprognose: Europäische Kommission (2017); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Tourismus

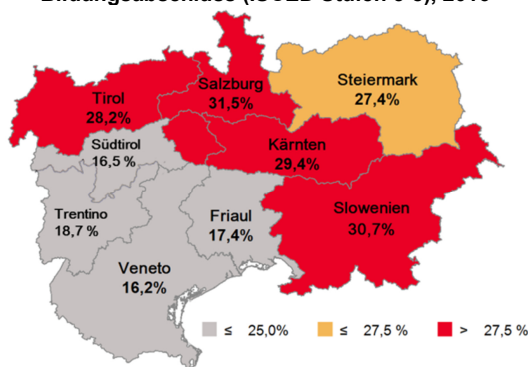
Ankünfte und Nächtigungen, Winterhalbjahr 2016/17

Tourismusregion	Ankünfte		Nächtigungen	
	in 1.000	Δ VJ	in 1.000	Δ VJ
Kärnten's Naturarena	167,0	-2,9%	785,0	-3,2%
Region Villach	160,9	-2,0%	548,1	-1,7%
Bad Kleinkirchheim	88,9	-7,9%	412,0	-8,2%
Nationalparkregion (Hohe Tauern Kärnten)	75,2	-6,1%	350,2	-9,1%
Katschberg	44,1	-0,6%	210,1	-6,2%
Mittelkärnten	29,7	-1,3%	194,0	-4,0%
Nockberge	39,5	-4,4%	178,9	-5,7%
Millstätter See	43,9	7,2%	168,7	2,4%
Lavanttal	31,2	3,3%	148,6	-1,0%
Wörthersee	61,9	-1,1%	135,1	-12,2%
Klagenfurt	71,9	-0,8%	128,1	3,6%
Klopeiner See (Südkärnten)	18,1	0,3%	96,7	27,6%
Lieser Maltatal	6,7	-0,9%	30,9	-2,0%
Carnica Region Rosental	8,3	120,4%	16,9	51,7%
Gesamt	847,3	-1,9%	3.403,2	-3,6%

Quelle: Kärnten Werbung (2017); eigene Darstellung KIHS

Bildungsstatistik

Bevölkerungsanteil (25-64 Jahre) mit einem tertiären Bildungsabschluss (ISCED Stufen 5-8), 2016



Quelle: Eurostat (2017, online); eigene Darstellung KIHS